

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog
der Landesregierung

Kurzbericht von der 4. Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 02.04.2016 auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart.

Mit der Agenda 2030 standen die im September 2015 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten neuen Welt-Nachhaltigkeitsziele im Zentrum der vierten Entwicklungspolitischen Landeskonferenz. Sie fand auch diesmal in Stuttgart im Rahmen der Messe FAIR HANDELN statt. In der Diskussion auf dem Podium ging es darum, welche Bedeutung die Agenda 2030 für die Entwicklungspolitik auf Landesebene haben kann und soll.

In seinem Grußwort gab **Roland Bleinroth**, Geschäftsführer der Landesmesse Stuttgart GmbH, seiner Freude darüber Ausdruck, dass er auch in diesem Jahr die Entwicklungspolitische Landeskonferenz im Rahmen der Messe FAIR HANDELN begrüßen kann. Da zeitgleich die Frühlingsmesse stattfindet, bekommen auch andere Besucher die Möglichkeit sich über Themen der Nachhaltigkeit zu informieren. Für ihn selbst sei es ein wichtiges Anliegen, deshalb setze er sich auch im eigenen Haus dafür ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele in den Bereichen Energie, Contracting und Catering zu verfolgen.

Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten, eröffnete mit einem Impulsvortrag die Diskussion. Er hob hervor, dass der Entwicklungspolitische Dialog ein Prozess des gelebten Miteinanders sei. Es sei immer das Ziel gewesen, den Hauptakteuren der Entwicklungspolitik auf Landesebene die Möglichkeit zu geben, die politische Agenda mitzubestimmen. Im Jahr 2012 seien aus diesem Dialogprozess die Leitlinien der Entwicklungspolitik für Baden-Württemberg entstanden, die bis heute die Eckpunkte der Entwicklungspolitik der Landesregierung bilden. Die zweite Entwicklungspolitische Landeskonferenz sei mit dem Thema Flucht und Vertreibung ihrer Zeit aus heutiger Sicht fast etwas voraus gewesen. Im vorigen Jahr stellte dann die Landeskonferenz die Möglichkeiten der Vernetzung der Institutionen und Initiativen der Entwicklungspolitik in Europa in den Fokus. Die diesjährige vierte Landeskonferenz widme sich der Frage, wie die Sustainable Development Goals gemeinsam erreicht werden könnten. Die Agenda 2030 vollziehe, so Minister Friedrich, einen Perspektivwechsel: Nun müssten auch wir in Baden-Württemberg uns als „Entwicklungsland“ begreifen. Dies werfe ganz neue Fragen nach den eigenen Herausforderungen und dem eigenen Entwicklungspotential auf.

In Form von Nachhaltigkeitsberichten und entwicklungspolitischen Leitlinien verfüge Baden-Württemberg über Instrumente zur Umsetzung der Agenda 2030. In den Vorjahren konnte einiges auf den Weg gebracht werden. Das Eine-Welt-Promotoren-Programm sei gut gestartet. Auf dem Feld der kommunalen Entwicklungspolitik und der Beschaffung seien Fortschritte erzielt worden; die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden Württemberg sei neu ausgerichtet und der Rat für Entwicklungszusammenarbeit gegründet worden. Minister Friedrich bekräftigte, dass Entwicklungspolitik eine Querschnittsaufgabe sei, die in alle Politikfelder hineinreiche. Folglich hätten auch alle Ressorts eigene Initiativen gestartet. Die Entwicklungspartnerschaft mit der nordirakischen Provinz Dohuk als Initiative Baden-Württembergs sei kein Ersatz für internationale Hilfen, sondern verfolge das Ziel, nachhaltige Strukturen aufzubauen.

Zum Abschluss bedankte sich Minister Friedrich für die Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die dadurch maßgeblich dazu beigetragen hätten, Entwicklungspolitik auf die Wahrnehmungsebene der Landespolitik zu heben.

Peter Scherhans, Beauftragter der Ev. Landeskirche in Baden für den kirchlichen Entwicklungsdienst, betonte in seinem Zwischenruf im Namen des Rats für Entwicklungszusammenarbeit, dass der von der Landesregierung initiierte entwicklungspolitische Dialog dazu beigetragen habe, dass dem ehemaligen landespolitischen „Nischenthema“ Entwicklungspolitik heute der Rang beigemessen werde, der ihm angesichts der globalen Herausforderungen zustehe. Gerade die Flüchtlingsbewegungen zeigten, dass gewaltige gemeinsame Entwicklungsanstrengungen notwendig seien, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Diese müssen, so Scherhans, sich einerseits verstärkt an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit im Globalen Süden orientieren, andererseits brauchen sie ein Umsteuern zu einer ressourcenschonenden und postfossilen Lebens- und Wirtschaftsweise.

Er wünsche sich für die Koalitionsgespräche, dass die vom Rat für Entwicklungszusammenarbeit vorgelegte Zwischenbilanz, die sehr konkrete Vorschläge zur Weiterarbeit enthalte, Berücksichtigung finde. In den letzten Jahren habe die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg einen Schub erhalten und es seien Foren entstanden, die dazu beigetragen hätten, unterschiedlichste Akteure zu vernetzen. Die entwicklungspolitischen Leitlinien, von der Landesregierung und fraktionsübergreifend vom Landtag mitgetragen, gäben dem Bündnis eine klare gemeinsame Strategie.

Die Aufwertung des Politikfeldes Entwicklungspolitik ist für Peter Scherhans zu wesentlichen Teilen dem großen persönlichen Einsatz von Minister Friedrich geschuldet. Als Dank für die geleistete Arbeit erhalte Minister Friedrich einen Fotobildband mit Eindrücken aus den Flüchtlingslagern in der Region Dohuk.

Podiumsdiskussion.

Was bedeutet die Agenda 2030 mit den Globalen Nachhaltigkeitszielen für Baden-Württemberg?

Claudia Duppel, Geschäftsführerin des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB) unterstrich in ihrem Eingangsstatement, dass der Agenda 2030 nicht aufgrund der formulierten Mindestziele, sondern aufgrund der Zustimmung aller 193 VN-Mitgliedsstaaten eine so große Bedeutung zukomme. Durch die Agenda 2030 werde deutlich, dass das aktuell geltende Entwicklungsmodell nicht zukunftsfähig sei. Die Betrachtung müsse dahin gehen, dass alle Staaten zu Entwicklungsländern werden, die gemeinsame, für alle gültige Ziele umzusetzen haben.

Für Duppel lassen sich die 17 Nachhaltigkeitsziele in drei Kategorien unterteilen. So richten sich Zielvorgaben, wie die Integration von Migrantinnen und Migranten oder die Reduktion von Armut primär an die eigene Bevölkerung. Andere Zielvorgaben erfordern Maßnahmen im eigenen Land, haben aber Auswirkungen in anderen Ländern. Als Beispiel nennt Duppel das Ziel den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Baden-Württemberg verbrauche viermal mehr an Rohstoffen, Boden und Energie, als es selbst zu Verfügung habe. Bei einer dritten Gruppe von Nachhaltigkeitszielen tragen die reichen Länder und somit Deutschland besondere Verantwortung: beispielsweise bei der Frage gerechterer globaler Strukturen im Bereich Handel, Investitionen und Finanzen. Baden-Württemberg müsse seinen Einfluss geltend machen, um die wachsende globale Ungleichheit zu beseitigen und damit zugleich Fluchtursachen zu bekämpfen.

Claudia Duppel betonte, dass man sich viel systematischer mit den externen Effekten baden-württembergischer Politik auseinandersetzen müsse. Die globalen Nachhaltigkeitsziele müssten mit klaren Indikatoren versehen und den jeweiligen Ressorts zugeordnet werden. Speziell im Bereich der Außenbeziehungen liege der Fokus einseitig auf der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auf diesem Feld müssten aber die Globalen Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab gemacht werden. Die Umsetzung der Agenda 2030 hänge stark vom Engagement der Zivilgesellschaft ab, daher brauche es systematische Möglichkeiten der Mitbestimmung. Claudia Duppel mahnte an, dass neue Aufgaben auch neuer Mittel bedürften und gleichzeitig erfolgreich etablierte Strukturen wie das Promotorenprogramm und der Rat für Entwicklungszusammenarbeit weitergeführt werden müssten. Entwicklungspolitik solle auch in Zukunft im Staatsministerium verankert bleiben. Ein wichtiges Anliegen ist Claudia Duppel, dass Initiativen für Abrüstung und Friedensbildung vom Land unterstützt werden, um z.B. ein Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene zu erreichen.

Jobst Kraus, ehrenamtlicher Landesbeauftragter für nachhaltige Entwicklung beim BUND LV Baden-Württemberg, stimmte Minister Friedrich zu, dass unsere Lebensweise mit den globalen Entwicklungszielen nicht kompatibel sei. Wir seien im Begriff die natürlichen planetarischen Grenzen zu sprengen und daher könne es ein „Wie im Westen so auf Erden“ nicht geben. Mit dem Bild vom Umstieg vom Tanker auf das Segelboot forderte Jobst Kraus einen Wechsel von der industriellen zur ökologisch-solidarischen Zivilisation mit einer ressourcenleichten, naturverträglichen und selbstbegrenzten Lebensweise. Die damit einhergehenden Veränderungen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen würden neben der Armutslinderung auch mit Reichtumsminderung einhergehen müssen. Umwelt und Gerechtigkeit seien zwei Seiten einer Medaille. Die Politik habe die Aufgabe, die Bürger dabei mit-

zunehmen und zugleich Zielkonflikte transparent zu machen. Da einige Nachhaltigkeitsziele schon zwischen 2020 und 2025 erreicht werden sollen, müssten alle Seiten ihre Anstrengungen intensivieren. Auch Konzerne seien gut beraten, so Jobst Kraus, den Strukturwandel selbst zu gestalten, bevor dieser ihr Wirtschaftsmodell infrage stelle. Er wünsche sich, dass Land und Kirchen in ihrem Einflussbereich mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Beschaffung, z.B. für Kantinen, auf ökofaire Produkte umstellten.

Cathy Plato vom Verein Ndwenga e.V. begrüßte in ihrem Statement, dass in Baden-Württemberg in den letzten Jahren viel angestoßen worden sei. Ein zentrales Element ihrer Arbeit sei es, mit unterschiedlichen Gruppen über die weltweiten Auswirkungen hiesiger Konsummuster zu sprechen. Dabei habe sie bei vielen Menschen noch große Wissenslücken feststellen können, beispielsweise über die Bedingungen, in denen Menschen in anderen Teilen der Erde leben. Angesprochen auf die Situation in ihrem Herkunftsland, der Demokratischen Republik Kongo, schilderte Cathy Plato, dass zivilgesellschaftliche Akteure unter Repressionen durch die Regierenden zu leiden hätten. Leider sei die Zivilgesellschaft in vielen Ländern Afrikas noch nicht so gut vernetzt wie beispielsweise in Südamerika. Daher sollten zivilgesellschaftliche Strukturen gefördert werden. Cathy Plato forderte, dass zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele nicht nur auf Erwachsenenbildung gesetzt werden solle, sondern auch gezielt Kinder und Jugendliche miteinbezogen würden. Eine gute Möglichkeit, Menschen im Süden zu helfen, sei es, sie - im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe - dabei zu unterstützen, eigene Fähigkeiten aufzubauen.

Am Ende der Konferenz wendete sich eine Teilnehmerin spontan an alle Anwesenden, um nach der Zukunft des Entwicklungspolitischen Dialogs zu fragen. Das einhellige Votum der Teilnehmenden lautet: ***Die neue Regierung von Baden-Württemberg soll den Entwicklungspolitischen Prozess unter den Maßgaben, die heute formuliert wurden, weiter betreiben.***

Berichte aus den Workshops:

Workshop 2: Herausforderung Frieden/Stopp Waffenexporte

Moderation: Kiflemariam Gebrewold, Evangelische Landeskirche in Baden

Dieses Votum ist an den Rat für Entwicklungszusammenarbeit gerichtet:

1. Die Einrichtung der Servicestelle Friedensbildung, insbesondere mit Blick auf die friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt, sehen wir als einen wichtigen Meilenstein. Wir fordern sicherzustellen, dass eine Finanzierung über 2016 hinaus gesichert wird. Diese Stelle gilt es entsprechend auszustatten und auch in die Arbeit zu Themen wie Flucht und Unfrieden in der Welt in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen einzubinden.
2. Im Bereich Friedensbildung gilt es erforderliche Fördermittel für zivilgesellschaftliche Akteure bereitzustellen. Friedensbildung muss durch flankierende Maßnahmen ergänzt werden, so dass zivile Konfliktbearbeitung lokal und global auch umgesetzt werden kann.

3. Ein Gesprächskreis Rüstungskonversion soll auf Landesebene eingerichtet werden. Erste Arbeitsschritte und Überlegungen für einen solchen Kreis sind unseres Erachtens:

Die Landesregierung möge einen Konversionsfonds auflegen, der von den betroffenen Betrieben (Rüstungsunternehmen) mitfinanziert wird und von den Gewerkschaften, Kirchen und der Zivilgesellschaft begleitet wird. Dies kann zunächst exemplarisch durch eine Machbarkeitsstudie geschehen, gefolgt von einem Pilotprojekt der Konversion. Statt Rüstungsgüter gilt es durch eine umfassende Wirtschaftspolitik Konversion zu betreiben und nützliche zivile Produkte herzustellen. Hierzu bedarf es der engen Zusammenarbeit von Betrieben, Landesregierung und anderen Akteuren. Dies gilt es in der vor uns liegenden Legislaturperiode zu beginnen und dafür die notwendige politische Weichenstellung zu stellen, die Finanzierung zu sichern und eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu gründen und operationell auf den Weg zu bringen.

Workshop 3: Flucht und Migration: Wie sehen deutsche Städte und Kommunen in 2030 aus?

Moderation: Paulino Miguel, Forum der Kulturen

Die Teilnehmenden möchten, dass Deutschland eine inklusive, bunte Gesellschaft ist, in der unterschiedliche Lebenssituationen und Visionen koexistieren. Zentrale Fragen sollten sein: Wer bist du? Was machst du? Und nicht: Woher kommst du? Wie schaust du aus? Mit dem Grundgesetz besitzt unsere Gesellschaft elementare Regeln, die für alle Gültigkeit besitzen. Ziel soll es sein, menschlich miteinander umzugehen und sich selbst zu reflektieren.

Notwendige Elemente auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sind Partizipation, Kommunikation und Begegnungen. Migranten sind Teil des Veränderungsprozesses und gestalten als Mitbürger mit. Bei allem spielt die Sprache eine wichtige Rolle. Daher wollen wir uns auch der Frage stellen, was wir mit Menschen machen, deren Sprache und Bildung den Dialog schwer machen? Zusätzlich sollen Strukturen geschaffen werden, die die Beteiligung für Migranten einfacher machen.

Workshop 4: Die Herausforderung der Fairen Beschaffung.

Moderation: Uwe Kleinert, Werkstatt Ökonomie

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und dem Hinweis, dass es leider nicht gelungen sei, jemandem aus dem Wirtschaftsministerium als Gesprächspartner zu gewinnen, gab Uwe Kleinert, Fachpromotor für nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung, einen Überblick über die Entwicklungen des letzten Jahres im Bereich der nachhaltigen Beschaffung des Landes. Mit der Verwaltungsvorschrift (VwV) Beschaffung (in Kraft seit April 2015) sei der rechtliche Rahmen für eine nachhaltige Beschaffung des Landes geschaffen worden. Damit sei ein wesentliches Element aus den Entwicklungspolitischen Leitlinien umgesetzt. Öffentliche Beschaffer des Landes müssten nun bei gleicher Eignung Produkten aus dem Fairen Handel den Vorzug geben. Außerdem müssten in bestimmten Produktgruppen Nachweise von den Bietern eingeholt werden, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden. Was den Landeseinrichtungen durch die VwV Beschaffung verbindlich vorgegeben wurde, soll den Kommunen in Baden-Württemberg demnächst in einer weiteren Verwaltungsvorschrift empfohlen werden. Uwe Kleinert bedauerte, dass die Verabschiedung der VwV nicht von wahrnehmbarer Öffentlichkeitsarbeit begleitet worden sei. Auch die Kommunikation nach innen und damit die Motivation der BeschafferInnen sei wohl eher verhalten ausgefallen. Was noch fehle, seien Service- und Beratungsleistungen für die BeschafferInnen, die an die

neue Aufgabe erst herangeführt werden müssten. Außer dem Nachhaltigkeitsbüro der LUBW (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW) gebe es in Baden-Württemberg keine entsprechenden Angebote. Selbst an den Verwaltungshochschulen des Landes komme das Thema nicht vor. Auf Nachfrage wies er auf das Deutsche Vergabernetzwerk (www.dnvw.de) hin, wo sich BeschafferInnen austauschen könnten, und das Forum Nachhaltige Beschaffung, das sich in Baden-Württemberg zweimal jährlich treffe. Auf Bundesebene sei die Kompetenzstelle Nachhaltige Beschaffung zu nennen (www.kompass-nachhaltigkeit.de) oder auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Weitere Herausforderungen für die Zukunft, insbesondere die nötige Umsetzung der VwV Beschaffung, wurden in der Gruppe diskutiert. So fehlten Anreize, ernst zu machen mit der nachhaltigen Beschaffung, etwa durch ambitionierte Zielsetzungen oder durch regelmäßige Umsetzungsberichte. Bei der anstehenden Überarbeitung der VwV vor dem Hintergrund des neuen Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes des Bundes sollten Defizite möglichst ausgeräumt werden. Die Gruppe verständigte sich auf die drei folgenden Voten:

1. Konkrete Ziele setzen. Zum Beispiel 50% der Arbeitskleidung aus nachhaltiger Beschaffung.
2. BeschafferInnen begeistern und qualifizieren.
3. Eine Imagekampagne des Landes zur nachhaltigen Beschaffung starten.

Workshop 5: Wie die globalen Strukturen ihren Platz im kommunalen Kontext finden.

Moderation; Silja-Kristin Vogt, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Im ersten Teil des Workshops gab Silja-Kristin Vogt einen kurzen Überblick über die von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030. Sie betonte, dass die neuen Sustainable Development Goals (SDGs) sich dahingehend von den Millennium Development Goals unterscheiden, dass sie einem integrativen und holistischen Ansatz folgen und universelle Gültigkeit beanspruchen. Außerdem sollen ein umfassenderes Monitoring und eine Evaluierung der Ziele stattfinden, um die horizontale und vertikale Kohärenz politischen Handelns zu stärken. Zentrale Instrumente zur Erreichung der Ziele sowohl auf Bundes- als auch Landesebene sind die Nachhaltigkeitsstrategien und entwicklungspolitischen Leitlinien. Ergänzt werden diese Grundsätze durch Teilnehmungsformate auf kommunaler Ebene. Im zweiten Teil des Workshops diskutierten die Teilnehmer des Workshops über aktuelle Angebote von Kommunen und mögliche Strategien die Nachhaltigkeitsziele vor Ort einzubinden. Dabei stellten die Teilnehmer fest, dass Kommunen sich entweder passiv verhalten und zivilgesellschaftlichen Akteuren das Feld überlassen oder selbst eine aktive Rolle übernehmen. Wichtig sei die Unterstützung durch den Bürgermeister und die Verwaltung, die beispielsweise *Eine Welt Tage* ausrichten könnten, um zivilgesellschaftliches Engagement zu bündeln. Notwendig sei hierfür ferner die Schaffung hauptamtlicher Ansprechpartner. Darüberhinaus soll die Finanzierung durch Bund, Land und Kommune unter der Prämisse, die Zivilgesellschaft einzubinden, gestärkt werden.

Workshop 6: Welche Wirtschaft brauchen wir?

Moderation: Johannes Lauterbach, Eine Welt Regionalpromoter Raum Stuttgart
Dr. Boniface Mabanza, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)

Folgende Voten wurden von der Gruppe erarbeitet:

1. Angesichts der planetaren Grenzen muss sich auch Baden-Württemberg der Frage stellen, wie eine Zukunft ohne Wachstum funktionieren kann. Es gibt berechtigte Annahmen, dass wirtschaftliches Wachstum und Reduzierung des Ressourcenverbrauches nicht zusammenpassen.

2. Das Land soll zu einer verbindlichen Verankerung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte beitragen: Die Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entsprechend den Leitlinien soll für Unternehmen mit Landesbeteiligung ebenso verpflichtend werden wie in der Außenwirtschaftsförderung des Landes. Auch auf Bundesebene soll sich die Landesregierung für eine wirkungsvolle und verbindliche Umsetzung der Leitprinzipien einsetzen.
3. Die Landesregierung soll für einen Paradigmenwechsel in der Handels-, Investitions- und Rohstoffpolitik eintreten, der der Verwirklichung der Menschenrechte, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Recht auf selbstbestimmte Entwicklung verbindlich und durchsetzbar Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gibt. Das Recht auf demokratisch legitimierte Gesetzgebung und Regulierung im öffentlichen Interesse ist unverhandelbar und muss uneingeschränkt erhalten werden.
4. Die Berichterstattung zur Nachhaltigkeits-Strategie soll im Sinne der Umsetzung der SDG qualifiziert werden.
5. Die Baden-Württemberg Stiftung soll Projekte zur Transformation der Wirtschaft für die Erreichung der SDG Ziele fördern.
6. Das Land soll sich für Bilanzierungsregeln einsetzen, die externe soziale und ökologische Kosten berücksichtigen und diese exemplarisch in Unternehmen mit Landesbeteiligung einführen.

Workshop 7: Burundi – Perspektiven der Partnerschaftsarbeit

Moderation: Joyce M. Muvunyi, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)

Die Teilnehmenden erarbeiteten folgende Voten:

Mit dem Ziel, die Partnerschaft mit Burundi zu intensivieren, soll sich das Land für Visaerleichterungen für Menschen aus Partnerschaftsprojekten einsetzen. Hilfreich sei die Übernahme der dafür notwendigen Bürgschaften durch Bund und Land. Ebenso sollen Begegnungen im Rahmen des Partnerschaftsprogramms finanzielle Unterstützung vom Land erhalten.

Für den Prozess wichtig ist es, den PartnerInnen zuzuhören, Worthülsen zu hinterfragen und gemeinsames Lernen zu praktizieren.

Workshop 8: Beitrag der Wissenschaft

Christoph Grammer (Staatsministerium) und Gabriele Winkler (Engagement Global) stellten als Ersatz für den Workshop 8, der krankheitsbedingt ausfallen musste, die Ergebnisse des Fachgesprächs „Nachhaltigkeit verbindet“ vom 1 April 2016 vor. Dort wurden folgende Vorschläge erarbeitet.

1. Fortsetzung des CampusWELTBewerbs in einer zweiten Runde
2. ASA- Hochschulkooperation ausbauen und verstetigen
3. Netzwerk zur Nachhaltigkeit aktiver Hochschulen etablieren, jährliches Treffen auf FAIR HANDELN
4. Innovative Südprojekte mit Hochschulen und Startups (finanziell) begleiten und unterstützen. Arbeitstitel: Innovation SDGs